

An das
Landratsamt Böblingen
Versorgungsamt in Stuttgart
Fritz-Elsas-Str. 30
70174 Stuttgart

Eingangsstempel

Aktenzeichen

/

VwRehaG-B-W

ANTRAG

auf Gewährung von Versorgung nach dem Verwaltungsrechtlichen
Rehabilitierungsgesetz (VwRehaG)

<input type="checkbox"/> Beschädigtenversorgung	<input type="checkbox"/> Hinterbliebenenversorgung	Zutreffendes bitte ankreuzen <input type="checkbox"/>
--	---	--

1. Angaben zur Person der Antragstellerin/des Antragstellers

Name, ggf. Geburtsname		Vorname
Geburtsdatum	Geburtsort, Kreis, Land (Bitte Geburtsurkunde oder Fotokopie davon einsenden)	
Familienstand <input type="checkbox"/> ledig <input type="checkbox"/> verheiratet <input type="checkbox"/> verwitwet <input type="checkbox"/> geschieden		
Anschrift (PLZ, Wohnort, Straße):	Staatsangehörigkeit:	Telefonisch zu erreichen unter:

2. Nur ausfüllen, wenn Hinterbliebenenversorgung beantragt wird

Datum und Ort der Eheschließung mit dem/der Verstorbenen nach dem/der Versorgung beantragt wird (Bitte Eheurkunde/Kopie einsenden)				
Ist die Ehe mit dem/der Verstorbenen, nach dem/der Versorgung beantragt wird, geschieden, aufgehoben oder für nichtig erklärt worden? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, durch Urteil vom: _____ (Bitte Urteil und – soweit Unterhalt geleistet wurde – Nachweis über Unterhaltsleistungen beifügen)				
Haben Sie sich wieder verheiratet? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja				
>	Ort der Eheschließung (Bitte Eheurkunde/Kopie beifügen)	Datum
>	Name, Vorname des Ehegatten der neuen Ehe	geboren
>	Die neue Ehe ist aufgelöst oder für nichtig erklärt worden durch			
	<input type="checkbox"/> Tod des Ehegatten (Bitte Sterbeurkunde/Kopie beifügen)	Datum	Todesursache
	<input type="checkbox"/> Urteil vom (Bitte Urteil beifügen)	Rechtskräftig geworden am:
Welche Versorgungs-, Renten- oder Unterhaltsansprüche, die sich aus der neuen Ehe herleiten, haben Sie erworben oder durch Antragstellung geltend gemacht?				
Art des Anspruchs	Höhe des Anspruchs	Zahlende Stelle mit Geschäftszeichen		
.....		
Waisen/Kinder des/der Verstorbenen, für die Versorgung beantragt wird (Bitte Geburtsurkunde(n), Schul- und Ausbildungsnachweise oder Kopien davon beifügen)				
Name	Vorname	Geburtsdatum	Kindschaftsverhältnis	Schul- oder Berufsausbildung
.....
.....
Bei Minderjährigen und Personen, für die ein Vormund, Pfleger oder Betreuer bestellt ist, bitte Daten des gesetzlichen Vertreters oder des bestellten Pflegers angeben und ggf. Bestallungsurkunde oder Kopie davon vorlegen.				
Name		Vorname		
.....			
Straße, Hausnummer		PLZ, Wohnort		
.....			

3. Angaben zur Person des/der Verstorbenen, nach dem/der Versorgung beantragt wird

Name, ggf. Geburtsname	Vorname
Geburtsdatum, Geburtsort, Land (Bitte Geburtsurkunde oder Kopie davon beifügen)	
Staatsangehörigkeit	
Todesstag bzw. Todeszeitpunkt (Bitte Sterbeurkunde oder Kopie davon beifügen)	

4. Maßnahmen nach § 1 VwRehaG im Gebiet der ehemaligen DDR einschließlich in Berlin (Ost)

Angaben über Maßnahmen von	bis	Ort der Maßnahme
.....		
.....		
.....		
Hoheitliche Maßnahme		
> Welche Stelle bewirkte Maßnahme?		
.....		
> Welche(s) Gericht(e) verurteilte(n) Sie?		
.....		
> Datum und Aktenzeichen des Urteils/der Urteile		
.....		
> Art der hoheitlichen Maßnahme?		
.....		
> Was wurde Ihnen vor Einleitung der Maßnahme vorgeworfen?		
.....		
> Wie wurde die hoheitliche Maßnahme schließlich begründet?		
.....		

5. Angaben zur Schädigung

Angaben der Körperschäden, für die Versorgung beantragt wird
.....
.....
.....
Auf welches Ereignis bzw. auf welche Umstände werden die Körperschäden zurückgeführt (bitte genaue Schilderung mit Angaben von Ort, Zeit und ggf. Zeugen)? Falls Platz nicht ausreicht, Fortsetzung auf gesondertem Blatt.
.....
.....
.....
Welche Körperschäden haben bereits vor der hoheitlichen Maßnahme/Schädigung vorgelegen? Sind diese durch Einflüsse der Maßnahme verschlimmert worden?
.....
.....

6. Angaben über ärztliche und sonstige Behandlungen sowie über die Krankenversicherung

Waren Sie wegen der geltend gemachten Körperschäden während der Dauer der Maßnahme bzw. nach dem Ende der Maßnahme nach Eintritt der schädigenden Ereignisse in ärztlicher Behandlung?			
von	bis	Name und Anschrift des Arztes	Grund der Behandlung
.....
.....
Name, Anschrift des derzeit behandelnden Hausarztes			
.....			
Welcher Krankenkasse haben Sie als Mitglied angehört vor der Maßnahme?			
.....			
Welcher Krankenkasse gehören Sie jetzt an?			
.....			

7. Sonstige Angaben

Haben Sie wegen der Körperschäden, für die Sie Versorgung beantragen, auch bei anderen Stellen Ansprüche angemeldet oder ist Ihnen bekannt, dass bei einer anderen Behörde von Amts wegen (ohne Antrag) ein entsprechendes Verwaltungsverfahren durchgeführt wird bzw. wurde?	
<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja
Name/Anschrift der Stelle/Geschäftszeichen	
.....	
Straße, Hausnummer	
.....	
PLZ, Ort	
.....	
Haben Sie bereits früher einen Antrag auf Versorgung nach dem VwRehaG gestellt?	
<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja
Stelle/Geschäftszeichen	
.....	
.....	
Haben Sie die Feststellung von Behinderungen nach dem Sozialgesetzbuch - Neuntes Buch - (SGB IX) beantragt?	
<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja
Stelle/Geschäftszeichen	
.....	
.....	
Ist bereits ein Rehabilitationsbeschluss ergangen?	
<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja
Von welcher Stelle am (bitte Beschluss oder Kopie davon beifügen)?	
.....	
.....	
Eventuell zustehende Versorgungsbezüge sollen auf das nachstehende Konto überwiesen werden:	
IBAN	BIC
Geldinstitut	
.....
Name des Kontoinhabers	Vorname
.....
PLZ, Ort	Straße, Hausnummer
.....
.....

8. Erklärung

Ich versichere Ihnen, dass ich die vorstehenden Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht und keinen weiteren Antrag auf Versorgung nach dem VwRehaG gestellt habe. Mir ist bekannt, dass wahrheitswidrige Angaben strafrechtlich verfolgt werden können.

Ich versichere ferner, dass ich in den Jahren der SED-Herrschaft nicht als inoffizielle(r) oder offizielle(r) Mitarbeiter/in des Ministeriums für Staatssicherheit gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder Rechtsstaatlichkeit verstoßen oder in schwerwiegendem Maße meine Stellung zum eigenen Vorteil oder zum Nachteil anderer missbraucht habe.

Ich erkläre mich damit einverstanden, dass die für die Bearbeitung zuständige Stelle die für die Feststellung erforderlichen Auskünfte einholt und die bei Ärzten, Krankenanstalten, Behörden, Rehabilitationsträgern geführten Untersuchungsunterlagen (Krankenpapiere, Aufzeichnungen, Krankengeschichten, Untersuchungsbefunde, Röntgenbilder) zur Einsicht beizieht. **Ich stimme der Verwendung dieser Unterlagen zu und entbinde die beteiligten Ärzte von ihrer Schweigepflicht.**

Wir machen Sie darauf aufmerksam, dass eine Übermittlung von Sozialdaten, die Ihre gesundheitlichen Verhältnisse betrifft an andere Sozialleistungsträger oder vom Landratsamt/Versorgungsamt beauftragte Außengutachter auch ohne Ihr Einverständnis möglich ist, sofern die Sozialdaten für eine Aufgabenerfüllung im Rahmen des Sozialgesetzbuches erforderlich sind. Dies gilt auch für eine Übermittlung an die Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit. Wir machen Sie weiterhin darauf aufmerksam, dass Sie dieser Übermittlung widersprechen können (§ 76 Abs. 2 Sozialgesetzbuch - Zehntes Buch).

Änderungen in den Verhältnissen, die bis zur Entscheidung über diesen Antrag eintreten, werde ich unverzüglich mitteilen.

Als Anlagen füge ich bei

<input type="checkbox"/> Rehabilitationsentscheidung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Ort, Datum	Unterschrift des Antragstellers oder des gesetzlichen Vertreters
---------------------	---

Hinweis zum Datenschutz

Ihre Angaben werden erfasst und mit Hilfe der Datenverarbeitungsanlage gespeichert. Nach § 9 Absatz 2 des Bundesdatenschutzgesetzes wird darauf hingewiesen, dass diese Angaben zur rechtmäßigen Erfüllung der zugewiesenen Aufgaben erforderlich und Sie zur Mitteilung dieser Angaben verpflichtet sind.

Hinweise zum Datenschutz

Informationen zur Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 (EU-Datenschutz-Grundverordnung – DS-GVO) und zum Schutz der Sozialdaten nach dem 2. Kapitel des Zehnten Buch Sozialgesetzbuch - Sozialverwaltungsverfahren und Sozialdatenschutz - (SGB X):

Ihre Angaben (Daten) werden für die Prüfung Ihres Antrages auf Gewährung von Beschädigtenversorgung nach dem VwRehaG benötigt.

Ihre Angaben sind freiwillig. Sie sind jedoch nach § 60 Sozialgesetzbuch - Erstes Buch (SGB I) zur Mitwirkung verpflichtet, das heißt, Sie müssen die zur Bearbeitung des Antrages erforderlichen Angaben machen und Ihre Einwilligung zur Erteilung der erforderlichen Auskünfte durch Dritte geben. Versorgungsleistungen können nach § 66 SGB I versagt oder entzogen werden bzw. kann der Antrag abgelehnt werden, wenn Sie Ihrer Mitwirkungspflicht nicht nachkommen.

Wir machen Sie darauf aufmerksam, dass Ihre Daten zur Prüfung eines Versorgungsanspruchs und ggf. zur Gewährung von Versorgungsleistungen mit Hilfe einer Datenverarbeitungsanlage gespeichert werden.

Die Akten werden möglicherweise einem Arzt außerhalb der Verwaltung zur Begutachtung zugeleitet. Sie können einer solchen Zuleitung an Ärzte außerhalb der Verwaltung **widersprechen**.

Ihre Rechte:

- Sie können Auskunft über Ihre gespeicherten Daten verlangen.
- Sie können eine kostenlose Kopie dieser Daten verlangen.
- Sie können eine Berichtigung Ihrer Daten verlangen, sofern diese unrichtig sind.
- Sie können verlangen, Ihre Daten zu vervollständigen, sofern sie unvollständig sind.
- Sie können eine Löschung Ihrer Daten verlangen, sofern sie nicht mehr benötigt werden.
- Sie können verlangen, die Verarbeitung Ihrer Daten unter bestimmten Voraussetzungen einzuschränken.
- Sie können Ihre Einwilligung in die Verarbeitung Ihrer Daten jederzeit **widerrufen** (allerdings nicht rückwirkend).

Sofern Sie der Ansicht sind, bei der Verarbeitung Ihrer Sozialdaten in **Ihren Rechten verletzt** worden zu sein, haben Sie die Möglichkeit, sich an folgende Stellen zu wenden:

- Verantwortliche Stelle
Landratsamt Böblingen
Versorgungsamt
Fritz-Elsas-Straße 30, 70174 Stuttgart
versorgungsamt@lrabb.de
Tel.: 0711/6673 - 7500
- Beauftragter für den Datenschutz beim Landratsamt:
Landratsamt Böblingen
Parkstr. 16, 71034 Böblingen
datenschutz@lrabb.de
Tel.: 07031/663 - 2631
- Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Baden-Württemberg
Postfach 10 29 32, 70025 Stuttgart
Königstraße 10a, 70173 Stuttgart
Tel.: 0711/61 55 41 – 0

Weiterhin können Sie sich an die für die Versorgungsämter in den Landratsämtern zuständige Fachaufsichtsbehörde wenden:

Regierungspräsidium Stuttgart,
Abteilung 10
Landesversorgungsamt
Ruppmannstr. 21
70565 Stuttgart
Telefon 0711 904-0